

24. Okt. 1962
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII, 216 - 24. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Bereit zur kulturpolitischen Verantwortung</u> Gemeinschaftsaufgaben der Gewerkschaften Von Dieter Bielenstein	77
2 - 3	<u>Frankreich vor dem Volksentscheid</u> Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	86
4	<u>Notstandsgesetzgebung</u> Alliierte als Bremsen?	42
5	<u>Löhne, Preise und "Schulden"</u> Unmaßgebliche Gedanken einer Hausfrau zu den "Maßhalte"-Appellen Von Friedel Oelrichs	48
6	<u>Was ist die "Wirtschaft"?</u> Ludwig Rosenberg sprach ein deutliches Wort	32

Ankündigung:

Wir veröffentlichen in unserer morgigen Ausgabe vom
25. Oktober 1962 ein Interview mit dem Präsidenten
des Berliner Abgeordnetenhauses

Dr. Otto B a c h

"BERLIN LEBT UND BAUT FÜR DIE ZUKUNFT"

Chefredakteur Günter Markscheffel

Bereit zur kulturpolitischen Verantwortung

Gemeinschaftsaufgaben der Gewerkschaften

Von Dieter Bielenstein

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussionen auf dem Kongreß des DGB in Hannover stehen in dieser Woche im Vordergrund des innenpolitischen Interesses. Doch sollte man nicht nur am Rande vermerken, daß auch kulturpolitische Grundsätze dort zur Debatte stehen. Die Gewerkschaftsbewegung war und ist nicht allein Tarif- und Sozialanwalt der Arbeitnehmer. Vielmehr ist sie "gewillt, kulturpolitische Verantwortung zu übernehmen", so heißt es wörtlich im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm.

Kulturpolitische Forderungen

Eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen staatlichen Kompetenzen und der Tätigkeit freier gesellschaftlicher Kräfte auf diesem Gebiet sind die prinzipiellen Forderungen des DGB. Kultureller Föderalismus darf nicht in Provinzialismus ausarten und legitime private Tätigkeit und Interessen in der Kulturpolitik müssen ihre Grenzen am Gemeinwohl und an den gemeinsamen Interessen aller Staatsbürger finden, wenn wir nicht in Widerspruch zum gleichen Recht für alle Bürger geraten wollen. In einem Katalog von Feststellungen und Vorschlägen für die einzelnen kulturpolitischen Bereiche werden präzise Vorstellungen entwickelt. Die Förderung der Kunst, der Schutz für Funk und Fernsehen vor der Manipulierung durch private Interessen, der weitere energische Ausbau der Stätten von Wissenschaft und Forschung, die Neuordnung von Bildung und Erziehung im gesamten Schulwesen, die Erweiterung und Vertiefung der Erwachsenenbildung und eine neue Konzeption für die internationalen Kulturbeziehungen sind die einzelnen Kapitel der neuen kulturpolitischen Grundsätze.

Keine gewerkschaftlichen Sonderinteressen

Bei manchen seiner Forderungen und Vorschläge konnte sich der DGB auf bereits vorliegende Gutachten anerkannter Fachgremien stützen, die jedoch leider noch vielfach auf dem Papier blieben. So verweist er auf den Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, auf den Plan zur Neugestaltung des deutschen Schulwesens der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände und auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrats. Stets aber - und hier liegt die entscheidende Betonung - geht es dem DGB nicht um gewerkschaftliche Sonderinteressen in der Kulturpolitik, sondern um die sachgerechte Antwort auf die Herausforderungen der Zeit.

Jährlich 40 Millionen DM für Bildungsaufgaben

Die Gewerkschaften verfügen wieder seit Jahren über ein eigenes vielfältiges System von Bildungseinrichtungen, die allein im vorigen Jahr von rund 1/2 Million ihrer Mitglieder in Anspruch genommen wurden.

Etwa 40 Millionen DM jährlich bringt die Gewerkschaftsbewegung für Kultur und Bildung auf. Die Aufgabe, Mitarbeiter für die Auseinandersetzungen im Arbeitskampf zu schulen, ist dabei durchaus nicht vorrangig. Vielmehr wird damit die Tradition fortgesetzt, auch dem Arbeitnehmer die Bildungsgüter der zivilisierten Welt zugänglich zu machen, dem die normalen Bildungsgänge vor noch gar nicht langer Zeit weitgehend verschlossen waren. Die Gewerkschaften können und wollen sich jedoch nicht darauf beschränken, ihre eigenen Bildungseinrichtungen weiter auszubauen. Als unerlässlichen Teil unseres Gesellschaftsgefüges sind sie berufen, ihren Beitrag auch in der allgemeinen Kulturpolitik im Interesse des Gesamtwohls neben anderen gesellschaftlichen Kräften zu leisten.

Stiftungen und Begabtenförderung

Diese Aufgabe verlangt über die jetzt vorliegenden neuen Grundsätze hinaus noch konkrete Lösungen. In letzter Zeit ist dazu auf manchem Gebiet ein guter Anfang gemacht worden. Der DGB-Bundesvorstand beschloß kürzlich die Stiftung eines Kulturpreises, die Stiftung Mitbestimmung nahm weiteren Aufschwung und förderte begabten Nachwuchs und wissenschaftliche Schwerpunktprogramme, der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen legte ein ergänzendes Gutachten für die neue Universität Bochum vor - um nur einige Beispiele zu nennen. Auch Kulturpolitik verlangt genaue Vorarbeit, laufende Beobachtung der Entwicklung und durch Detailkenntnisse untermauerte Beteiligung an der Diskussion. Noch fehlt es auf einigen Gebieten daran. Es sollte z. B. nicht mehr geschehen, daß in zuständige kulturpolitische Fachgremien wie in den Wissenschaftsrat zwar Vertreter der Arbeitgeber, nicht aber der Gewerkschaften berufen und zur Mitarbeit aufgefordert werden.

Freiheit für Kunst, Wissenschaft und Bildung

Auf dem DGB-Kongreß in Hannover liegt eine Reihe von Anträgen zu den kulturpolitischen Grundsätzen vor. Einige Einzelheiten mögen sich also noch ändern. Ihr Kern wird jedoch unberührt bleiben, nämlich Freiheit und Gerechtigkeit für Kunst, Wissenschaft und Bildungswesen zu verwirklichen und zu sichern. Auch in diesem Teil des Grundsatzprogramms liegt die Antwort auf die in den letzten Tagen von einigen Seiten polemisch gestellte Frage nach dem Selbstverständnis der Gewerkschaften: Sie sind ein Ordnungsfaktor der Gesellschaft und sie lassen sich von ihren umfassenden Aufgaben im Interesse des Gemeinwohls nicht abdrängen. Das gilt auch für das Gebiet der Kulturpolitik !

Frankreich vor dem Volksentscheid

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Vollkommen neue politische Fronten sind in Frankreich entstanden, seit General de Gaulle für den letzten Oktobersonntag zu einem Volksentscheid über die Änderung der Staatsverfassung aufgerufen hat. Zum ersten Mal stehen die republikanischen Parteien, die de Gaulle 1958 zu seiner Rückkehr in die Politik verhalfen und ihn seither in den entscheidenden Situationen immer wieder unterstützten, gegen den Präsidenten-General.

Vorwand und Zweck

De Gaulles Verfassungsprojekt ist der Vorwand. Viele Männer der Opposition hätten nichts dagegen, wenn der Staatspräsident in Zukunft vom Volk gewählt wird, vorausgesetzt, dass die Rechte der Volksvertretung wieder hergestellt und gewahrt werden.

De Gaulle geht es aber gerade um die Abschaffung des "Parteienstaates". Der gleiche Konflikt führte schon 1946 zu seinem ersten Rücktritt. Der General glaubt, dass jetzt die Zeit der Revanche gekommen ist. Wenn es ihm wirklich nur um die Änderung der Verfassung ginge, hätte er sich ordnungsgemäss unter Einhaltung des hierfür vorgesehenen Artikels 89 an das Parlament wenden können und dann erst an das Volk. Er hat den verfassungsmässigen Weg v e r m i e d e n und sich auch über die Ratschläge der massgebenden Juristen hinweggesetzt, offensichtlich, um die Gesamtheit der politischen Parteien herauszufordern. 1958 brauchte er sie zur legalen Wiederkehr und auch, um nicht zum Gefangenen der Militärputschisten zu werden. Jetzt, da der Algerienkrieg beendet ist, fühlt er sich stark genug, auch seine eigentlichen politischen Ziele zu verwirklichen. Die bevorstehende Kraftprobe ist also entscheidend für Frankreichs politisches Schicksal in den nächsten Jahren.

Der zerbrochene Pakt

Der Pakt des Jahres 1958, das Zweckbündnis zwischen de Gaulle und den politischen Parteien, ist gebrochen. De Gaulle verpflichtete sich damals vor dem Parlament feierlich, die Verfassung zu achten und nicht gegen den Willen der Volksvertretung zu handeln. Heute steht er in offenem Konflikt mit der Nationalversammlung der fünften Republik und überhaupt mit allen massgebenden Instanzen: Senat, Verfassungsrat, Staatsrat.

Paradoxerweise sind die traditionellen Parteien der dritten und vierten Republik heute die konsequenten Verteidiger der fünften Republik, deren Verfassung von ihren Vätern gebrochen wird, nämlich von de Gaulle und den Gaullisten. Die politischen Köpfe der vierten Republik sahen dieses Unheil voraus. Nur mit grossem Misstrauen, vielen Vorbehalten und unter dem Druck des Militärputsches holten sie 1958 den General aus seinem Dorf zur Staatsführung zurück. Er sollte den Bürgerkrieg verhindern und das algerische Drama beenden, dann sollte er sich wieder nach Colombey-les-Deux-Eglises zurückziehen.

De Gaulles Standpunkt

Die Rechnung des Generals ist grundverschieden. Seine Rückkehr zur Macht betrachtet er nicht als vorübergehende Notlösung, sondern als eine Art "Vorsehung". Er will sich nicht als verdienter Feuerwehrmann pensionieren lassen, nachdem er den algerischen Brand gelöscht hat.

"Seit 20 Jahren verkörpere ich Frankreich", sagte er in einer seiner dramatischen Reden gegen die rechtsextremen Putschisten. Seine Abwesenheit von der Macht (1946 - 1958) betrachtet er nur als Zwischenakt und als Bestätigung, dass Frankreich ohne de Gaulle im Chaos versinkt.

In einer Generation sind zwei französische Republiken untergegangen: die dritte Republik 1940, die vierte Republik 1958. In beiden Fällen erschien de Gaulle als Retter. Für beide Zusammenbrüche macht er den "Parteienstaat" verantwortlich, dem nun ein Ende gesetzt werden soll.

Genau darum geht es am 28. Oktober. Zum ersten Mal tritt de Gaulle offen und allein gegen die Parteien auf - gegen alle politischen Parteien von den Kommunisten über die Mittelparteien bis zu den Rechtsbürgerlichen. Nur die UNR steht ihm als politische Organisation zur Seite, sie bezeichnet sich aber selbst nicht als Partei und ist nur ein Propagandaapparat des Gaullismus; gelegentlich nennt sich die UNR auch "Bewegung".

Dieser Bruch zwischen den Gaullisten und allen anderen Parteien ist ein einschneidendes politisches Ereignis und wird sich auch auf die Novemberwahlen auswirken, unabhängig vom Resultat des Oktober-Volkstentscheides.

Eine neue Republik?

Der Bund zwischen den demokratischen Linksparteien und den Konservativen gegen die Gefahr einer persönlichen Macht öffnet ein neues Kapitel in der französischen Geschichte. In den ganzen letzten Jahren war die französische Linke mit de Gaulle im Kampf gegen den Kolonialismus verbunden, für die Beendigung des Algerienkrieges. Der Gaullismus ist in diesem Kampf geistig nach links gerückt. Sein Bruch mit der französischen Rechten ist tiefgehend. Die Rechtsradikalen sehen in de Gaulle den Hauptfeind. Logischerweise müsste das Verhältnis zwischen Gaullismus und Linksparteien heute besser sein als je zuvor.

Das gaullistische Streben nach Alleinherrschaft folgt aber seinem eigenen Gesetz und wirft alle politische Logik über den Haufen. Parteien, die jahrelang durch den Abgrund des Algerienkrieges und überdies durch Schul- und Kulturkampffragen getrennt waren, sind heute zu einem Bund gezwungen, um die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie zu erhalten.

Vielleicht geht Frankreich auf diese Weise zu einer Vereinfachung des politischen Lebens, zu einer Verringerung der Parteienzahl, zu größerer Stabilität und Sicherheit. De Gaulles autoritäres Streben ist der Stachel dieser Entwicklung.

Die französischen Demokraten sind durch de Gaulles Pläne aus dem Schlummer geweckt und zum Handeln gezwungen. Sie müssen jetzt eine solide Republik bauen, um die Gespenster eines Bonaparte, Napoleon III. oder MacMahon zu verscheuchen. Wird der General, nachdem er bereits an den Wänden der 4. und 5. Republik stand, heute zum unfreiwilligen Pater einer sechsten französischen Republik?

Notstandsgesetzgebung

sp - Welcher Art sind die Bedenken, die die Westalliierten gegen den Notstandsgesetzesentwurf des Bundesinnenministers Höcherl angeblich angebracht haben sollen? Nach dem Deutschlandvertrag vom Jahre 1955 (Artikel 5) haben sich die Alliierten gewisse Sicherheitsvorbehalte reserviert, die nun durch das bundesrepublikanische Notstandsgesetz abgelöst werden sollen. Es ist gut und richtig, daß Höcherl ihnen seinen Entwurf vorlegte - das soll schon vor drei Monaten geschehen sein - aber weniger gut ist es, daß die Öffentlichkeit nicht erfährt, auf welchem besonderen Gebiet die Bedenken unserer Verbündeten liegen. Und hier ist wohl größte Vorsicht und Wachsamkeit geboten nach all den trüben Erfahrungen mit den Notstandsgesetzesentwürfen der jeweiligen Bundesinnenminister.

Der erste Entwurf war von vornherein so angelegt, daß er - und das wußten seine Initiatoren - unmöglich die Zustimmung der parlamentarischen Opposition finden konnte. Der Entwurf verschwand. Der jetzige Bundesinnenminister Höcherl gab sich etwas mehr Mühe als sein Vorgänger, er suchte das Gespräch mit der Opposition und den Gewerkschaften und zeigte sich für manche vorgebrachte Einwände aufgeschlossen. Das letzte Gespräch mit der zur Zusammenarbeit bereiten Opposition hat am 28. März dieses Jahres stattgefunden. Seitdem sind sechs Monate vergangen und es lag gewiss nicht an der Opposition, wenn das Thema nicht mehr behandelt wurde. Gab der Bundesinnenminister Widerständen aus den eigenen Reihen nach? Einflußreiche Kreise innerhalb der Regierungsparteien möchten unter dem Stichwort der Notstandsgesetzgebung ihre dem Grundgesetz und der Demokratie entgegengesetzten Wünsche verfolgen, ja die Junge Union ging in diesen Tagen sogar so weit, die Beseitigung aller Grundrechte zu fordern. Diese Töne lassen aufhorchen!

Nimmt die Bundesregierung die angeblichen Bedenken unserer Verbündeten nur als Vorwand, um die deutsche Öffentlichkeit mit einem verschärften Notstandsgesetzesentwurf überrumpeln zu können? Wenn die Alliierten wirkliche und wohlbegründete Einwände haben, wären sie gut beraten, diese nicht über die Regierungskanäle verlautbaren zu lassen; sie sollten sie insgesamt allen denjenigen zuleiten, die für die Verfassungsgesetzgebung verantwortlich sind. Dazu gehört auch die Opposition. Ohne ihre Zustimmung läßt sich kein verfassungsänderndes Gesetz im Parlament durchbringen. Die Sozialdemokratie hat sich, davon gibt deren Geschichte rühmendes Zeugnis, in Stunden äußerer und innerer Bedrängnis des Volkes niemals nationalen Notwendigkeiten verschlossen, aber mit gleicher Intensität und Unbeugsamkeit wird sie nun darauf achten, daß nicht unter allen möglichen Vorwänden Grundfreiheiten und Grundrechte wieder aufgehoben werden. Eine Notstandsgesetzgebung eignet sich bestimmt nicht zum parteipolitischen Schlag-austausch.

"Löhne, Preise und "Schulden"

Von Friedel Celrichs

Maßhalten, maßhalten! Immer wieder hämmern uns verantwortliche Regierungssprecher diese Worte ein. Eigentlich müßten wir schon ganz geknickt sein und uns kaum noch auf die Straße trauen, denn Prasser und Verschwender - die wir ja sein sollen - sind doch unnütze Glieder einer Gesellschaft. "Hört auf, Lohnforderungen zu stellen, denn Lohnforderungen ziehen immer Preiserhöhungen nach sich!" klingt es in unseren Ohren. Wir schlagen uns an die Brust, denn wir wollen uns ja bessern. Doch vorher rechnen wir nach, ob überhaupt alles stimmt, was man uns vorwirft.

Und siehe da, zu welcher Ergebnis kommen wir? - 10 Prozent Lohnerhöhung sollen 10 Prozent Preiserhöhung geben? Moment, warum eigentlich? Weshalb wird das Brötchen 1 Pfennig teurer, das sind 14 Prozent, wenn der Bäcker Geselle eine Lohnerhöhung von 5 Prozent erhält? Oder die Süßigkeit für den Weihnachtsteller, die vorher 20 Pfennig kosteten, muß jetzt mit 25 Pfennig bezahlt werden, das sind 25 Prozent Aufschlag! Wieso diese Erhöhungen, wenn die Fertigungskosten eines Produktes in der Industrie im Durchschnitt bei 46 Prozent liegen? Danach dürfte die Ware bei einer Lohnerhöhung um 10 Prozent höchstens 5 Prozent teurer werden.

Da stimmt doch etwas nicht! Wer müßte hier maßhalten? Der Verbraucher als Arbeitnehmer? Wohl kaum! Die Antwort ist jedem klar. Sollen wir die Produkte nicht mehr kaufen?

"Die bundesdeutsche Bevölkerung verschuldet!" Auch das ist eines der Schlagworte, die uns zeigen sollen, wie tief wir gesunken sind. Wir sollen erkennen, daß wir doch recht minderwertig wurden in den Jahren des Wirtschaftswunders.

Doch was sind überhaupt Schulden? Allgemein versteht man darunter verausgabte Gelder, die wir nicht besitzen und für die wir kein bleibendes Vermögen erwerben. Führt z.B. eine Familie in Urlaub und gumpet sich dafür das Geld, ohne zu wissen, wie sie es zurückzahlen soll, dann macht sie wirklich Schulden. Wenn jemand mehr ausgibt, als er besitzt, dann verschuldet er. Baut sich aber eine Familie ein Eigenheim und muß Kredite dafür aufnehmen, schafft sie sich eine Wohnungseinrichtung, stellt sie sich einen Kühlschrank oder einen Fernsehapparat auf und zahlt sie diese Gegenstände in Raten ab, ist sie dann "verschuldet"? Ich meine nicht, denn solange sie in der Lage ist, die monatlichen Raten abzuführen, kann man nicht von Schulden sprechen, hat sie sich doch durch den Kauf dieser Gegenstände einen Besitz erworben, dessen Lebensdauer über die Zeit der Ratenzahlungen währen wird.

Wie erginge es unserer Wirtschaft, wenn die gesamte Bevölkerung keine Anschaffungen mehr machte oder nur die notwendigsten? Wenn sie knapp leben würde? Die Industrie würde sehr bald auf ihrer Produktion sitzen bleiben, der Absatz auf dem Inlandsmarkt würde stocken. Will das die Regierung erreichen?

Ich möchte nicht für den Ratenkauf plädieren. Das liegt im Ermessen jedes einzelnen Bürgers, wie er seine Zahlungsfähigkeit einschätzt, aber man sollte doch nicht sagen, der Bundesdeutsche "verschuldet", wenn er sich Werte schafft, die abzuführen er in der Lage ist. - Das ist keine umstandsgebliche Meinung, oder irre ich mich?

Was ist "die Wirtschaft"?

Ludwig Rosenberg sprach ein deutliches Wort

sp - Seit vielen Jahren hat man sich in der Bundesrepublik daran gewöhnt, unter dem Begriff "Wirtschaft" immer nur die Unternehmer und ihre Verbände zu verstehen. Das ging soweit, daß sich gelegentlich sogar Gewerkschaftler diese Sprachregelung zu eigen machten, und erst kürzlich konnte man in einem Vortrag von einem nicht unbekanntem Gewerkschaftler hören, "die Wirtschaft und die Arbeitnehmer sollten zusammenarbeiten."

Ludwig Rosenberg hat auf dem DGB-Kongress in Hannover ein deutliches Wort zu dieser falschen Darstellung des Begriffs "die Wirtschaft" gesagt. Das ist gut so, denn auch im Vokabularium maßgebender Regierungsvortreter hatte es sich eingebürgert, die Arbeitnehmer und ihre Organisationen als eine Art Anhängsel "der Wirtschaft" zu bezeichnen und entsprechend zu behandeln.

"Die Wirtschaft" - das sind wir alle! Jede Hausfrau, jeder Industrielle, der Beamte, der Bauer, der Kaufmann und der Angestellte, der Arbeiter und die Stenotypistin, der Bundeswehraoldat und der Rentner - sie alle produzieren, kaufen, verkaufen, sparen oder geben Geld aus. Der eine mehr, der andere weniger, aber alle zusammen sind sie "die Wirtschaft".

Deswegen sollte man Ludwig Rosenberg für seine offenen Worte dankbar sein. Er hat zwar auch nur eine simple Wahrheit ausgesprochen, aber manchmal müssen Selbstverständlichkeiten beim Namen genannt werden, damit sie jeder begreift.

Kürzlich hat Bundeskanzler Dr. Adenauer einmal gesagt, die Arbeitskraft unseres Volkes sei unser wertvollstes Kapital. Ohne Herrn Dr. Adenauer unterstellen zu wollen, plötzlich "Marxist" geworden zu sein, sollte man ihm doch gelegentlich an diesen Ausspruch erinnern. In der modernen Industriegesellschaft - und auch schon früher - ist die Arbeitskraft eines Volkes tatsächlich das Fundament und - wenn man so will - das wertvollste Kapital. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen haben daher Recht, wenn sie fordern, dass endlich Schluss gemacht wird mit dem Brauch, immer nur die Arbeitgeber und ihre Organisationen als "die Wirtschaft" zu bezeichnen.

Was ist "die Wirtschaft"?

Ludwig Rosenberg sprach ein deutliches Wort

sp - Seit vielen Jahren hat man sich in der Bundesrepublik daran gewöhnt, unter dem Begriff "Wirtschaft" immer nur die Unternehmer und ihre Verbände zu verstehen. Das ging soweit, daß sich gelegentlich sogar Gewerkschaftler diese Sprachregelung zu eigen machten, und erst kürzlich konnte man in einem Vortrag von einem nicht unbekanntem Gewerkschaftler hören, "die Wirtschaft und die Arbeitnehmer sollten zusammenarbeiten."

Ludwig Rosenberg hat auf dem DGB-Kongress in Hannover ein deutliches Wort zu dieser falschen Darstellung des Begriffs "die Wirtschaft" gesagt. Das ist gut so, denn auch im Vokabularium massgebender Regierungsvertreter hatte es sich eingebürgert, die Arbeitnehmer und ihre Organisationen als eine Art Anhängsel "der Wirtschaft" zu bezeichnen und entsprechend zu behandeln.

"Die Wirtschaft" - das sind wir alle! Jede Hausfrau, jeder Industrielle, der Beamte, der Bauer, der Kaufmann und der Angestellte, der Arbeiter und die Stenotypistin, der Bundeswehrsoldat und der Rentner - sie alle produzieren, kaufen, verkaufen, sparen oder geben Geld aus. Der eine mehr, der andere weniger, aber alle zusammen sind sie "die Wirtschaft".

Deswegen sollte man Ludwig Rosenberg für seine offenen Worte dankbar sein. Er hat zwar auch nur eine simple Wahrheit ausgesprochen, aber manchmal müssen Selbstverständlichkeiten beim Namen genannt werden, damit sie jeder begreift.

Kürzlich hat Bundeskanzler Dr. Adenauer einmal gesagt, die Arbeitskraft unseres Volkes sei unser wertvollstes Kapital. Ohne Herrn Dr. Adenauer unterstellen zu wollen, plötzlich "Marxist" geworden zu sein, sollte man ihm doch gelegentlich an diesen Ausspruch erinnern. In der modernen Industriegesellschaft - und auch schon früher - ist die Arbeitskraft eines Volkes tatsächlich das Fundament und - wenn man so will - das wertvollste Kapital. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen haben daher Recht, wenn sie fordern, dass endlich Schluss gemacht wird mit dem Tölpelzug, immer nur die Arbeitgeber und ihre Organisationen als "die Wirtschaft" zu bezeichnen.